



Kapitalismus und Freiheit: Zauberformel 2010

Die große Mehrheit der Gesellschaft empfindet die größer werdenden Ungleichheiten als Gefahr. Gleichzeitig gibt es eine breite Ablehnung vollkommener ökonomischer Gleichheit. Logische Frage: Wie groß soll die Ungleichheit sein?

Die globalen Ungleichheiten nehmen in beängstigendem Maße zu. In 30 Ländern ist das Pro-Kopf-Einkommen seit 1990 gesunken. Fast drei Milliarden Menschen leben von weniger als zwei Dollar pro Tag, seit 1995 ist der Hunger wieder auf dem Vormarsch. Gleichzeitig wächst die Zahl der millionenschweren „High Net Worth Individuals“ (HNWI). Auch in Österreich weitet sich die Kluft: Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen stürzte seit 1980 von 73 auf 58% ab. Laut Sozialbericht gibt es bereits 475.000 Menschen, die von akuter Armut betroffen sind, andererseits zählen 66.000 Personen zum HNWI-Club. Beide Gruppen verzeichnen Zuwachs. Entscheidend ist dieser Zusammenhang: Die einen werden reich, *weil* die anderen arm werden und umgekehrt.

Dieser Gedanke gilt noch viel allgemeiner: Wie arm oder reich jemand wird, ist nicht primär Frucht seines oder ihres Fleißes, sondern der zugrunde liegenden gesellschaftlichen Vereinbarungen. Diese beginnen beim Schutz von Privateigentum, Verträgen und Patenten, ziehen sich durch die gesamte Inszenierung und Regulierung des Marktes und reichen bis zur Steuergesetzgebung und zum Sozialstaat. Diese kulturellen und rechtlichen Grundnormen entscheiden, wie sich Armut und Reichtum in einer Gesellschaft entwickeln. Wenn US-Spitzenmanager heute bis zum 500fachen ihrer Mitarbeiter kassieren (gegenüber dem 40fachen 1980), dann nicht deshalb, weil sie heute um so viel mehr leisten, sondern weil die Spielregeln zu ihren Gunsten geändert wurden.

Das mag banal klingen, führt aber zur Frage, wieso wir dann überhaupt Rahmenbedingungen schaffen, die Armut und Ausgrenzung zulassen? Wollen wir das wirklich? Oder sollten wir bei der Anlage des Wirtschaftssystems nicht der Grundmaxime folgen, dass niemand arm, obdachlos oder arbeitslos sein, dass niemandes Freiheit und Würde verletzt werden darf? Derzeit wird im Namen der „Freiheit“ die Freiheit von weiten Teilen der Bevölkerung beschnitten, das ist nicht nur eine ethische Schande, sondern auch ein philosophischer Widerspruch. Der neoliberale Zeitgeist versucht solcher Art Gedanken zu verhindern, indem er den Markt zum „Naturereignis“ mystifiziert und leugnet, dass er eine gesellschaftliche Abmachung und letzten Endes staatliche Veranstaltung ist. Würde transparenter im Raum stehen, dass alles Wirtschaften eine Umsetzung der Politik ist, ließe sich nur sehr viel schwieriger die Existenz von Arbeitslosigkeit, Armut und Unfreiheit akzeptieren.

Daraus folgt: Wenn Demokratien die Spielregeln für die Wirtschaft festlegen, dann sollten wir es so tun, dass niemand hungert, arm oder ökonomisch entrechtet ist. Der folgende Vorschlag mag am Zeitgeist gemessen etwas resch wirken, in historischer Perspektive ist er eine „lame duck“: Angesichts der explodierenden Ungleichheiten und ihrer breiten gesellschaftlichen Ablehnung legen wir konkrete Grenzen für Ungleichheit fest. Zum Beispiel: Die Spitzeneinkommen dürfen nicht mehr als das 20fache der Mindestlöhne betragen, und niemand soll mehr als zehn Millionen Euro Privatvermögen aneignen dürfen: 20-10-Regel. Bitte entspannen, die Welt ginge nicht unter.

Die 20-10-Regel wäre keine Enteignung der gegenwärtigen Elite, wie sofort aus tausend Rohren geschossen würde, sondern die Begrenzung ihres Rechts auf Aneignung, das ihnen ohnehin nur von der Gesellschaft zugestanden wird. Der Grundmechanismus des Marktes bliebe erhalten. Er würde nur vom Selbstzweck (oder Naturgesetz) zum Instrument herabgestuft, ein Stück weit mehr in den Dienst des Gemeinwohls gestellt. Die Beschwörung der Vernichtung des Leistungsanreizes ist übertrieben bis falsch. Zum einen ist der Mensch kein geborener Gierschlauch, der nur dann tätig wird, wenn er das 100fache des Mindestlohns kassiert, beim 20fachen aber faul in der Hängematte bleibt. Manager wollen ja vor allem deshalb mehr als das 20fache der „normalen Menschen“ verdienen, weil es die Kollegen der Konkurrenzfirma auch tun. Diese Form des Benchmarking ist wohl der schlechteste

Regulationsmechanismus. Er hat dazu geführt, dass die Managergehälter in den letzten Dekaden empfindlich schneller gewachsen sind als ihre Leistung (respektive die Unternehmensgewinne). Wenn niemand mehr als das 20fache verdienen könnte, wären alle Manager aus dem Vergleichswettbewerb erlöst und könnten sich wieder auf das Werteschaffen (Wirtschaft) konzentrieren.

Zum anderen gibt es inflationär Beispiele dafür, dass speziell jene, die am stärksten abgesahnt haben, gleichzeitig eine miserable Performance hingelegt und zum Teil sogar mit Betrug nachgeholfen haben. Drittens ist die maßlose Überbewertung der Leistung der CEOs bei gleichzeitiger extremer Unterbewertung der Leistung ihrer weniger qualifizierten Mitarbeiter nicht nur eine menschenverachtende Diskriminierung (wieso wird jemand mit geringeren persönlichen Gaben und Talenten dermaßen abgestraft – 'du bist nur ein 500stel wert?'), sondern auch systemisch falsch: Ohne die Leistungen der weniger Qualifizierten sind die Leistungen der „Leistungsträger“ nichts wert. In einem System – ein Unternehmen, die Wirtschaft – sind die Beiträge aller unverzichtbar. Auch das spricht für eine Begrenzung der Entlohnungsschere. (Das reale Abhängigkeitsverhältnis würde im 20-10-System abgebildet: Ein Ansteigen der Spitzenverdienste geht nur, wenn auch die Mindestlöhne steigen.)

Ich glaube weiters nicht, dass bei der 20-10-Regel alle Spitztalente nach Nordamerika davonlaufen würden. Einerseits ist der Mensch kein homo oeconomicus: Materieller Wohlstand ist – bei reifen Menschen – nur eines von mehreren Lebenszielen. Wenn zweitens dank der 20-10-Regel in Österreich/Europa die Armut gegen null ginge, das soziale Klima sicherer und friedlicher würde, die Steuereinnahmen sprudeln und die Forschungsmilliarden fließen würden, Vollbeschäftigung wiederhergestellt würde (dringend nötige Arbeiten in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Biolandbau, öffentlicher Verkehr und Gemeinden würden finanzierbar), die Entwicklungszusammenarbeit verbessert und dadurch die Zahl der Wirtschafts- und Umweltflüchtlinge spürbar zurückgehen würde, dann hätte diese Null-Armut-Gesellschaft bestechende Vorteile.

Ein letztes Gegenargument, das ich schon deutlich hören kann. Der Anreiz für technologische Innovationen würde ausbleiben. Dass aber unendliche Geldmassen der entscheidende Ansporn für Erfinder sein sollen, ist nicht nur eine dumpfe Beleidigung der menschlichen Kreativität (ja, ein Selbstzweck!), sondern auch durch zahlreiche historische Beispiele (Kinderlähmungsimpfung, Linux) widerlegt. Immer wieder spenden Forscher ihre Erfindungen der Allgemeinheit, technologischen Fortschritt gab es lange vor der kapitalistischen Ära. Auch Bill Gates hätte wohl kaum, statt fiebrig in der Garage zu tüfteln, fad vor dem Fernseher gehockt, wenn er durch die betrübliche Aussicht demotiviert worden wäre, dereinst nur 10 Millionen Euro zu besitzen oder das 20fache des Mindestlohnes verdienen zu können.

Noch etwas spricht für die Begrenzung der ökonomischen Macht von Individuen. Die damit verbundene Begrenzung ihrer politischen Macht. Es wäre ein Meilenstein für die Weiterentwicklung der Demokratie. Die Ära der Berlusconi, Bushs und Bartensteins (Privatvermögen 104 Millionen Euro) wäre vorbei.

Damit möchte ich es aber noch nicht belassen, sondern einen Schritt weiter gehen: In keiner Weltreligion ist die maximale Anhäufung von materiellen Gütern ein zentraler Wert, im Gegenteil. Alle großen Religionen und DenkerInnen legen Wert auf ein Leben, das bescheiden an materiellen und reich an immateriellen Werten ist: Gefühle, Beziehungen, Teilen, Solidarität, Spiritualität. Selbst die Spitzenmanager pilgern zahlreich in Seminare, wo sie einen kleinen Ersatz für nicht gelebte Beziehungen, Gemeinschaft, Ethik und Sinn erfahren. Ist es nicht erstaunlich, dass wir trotz dieser „Einstimmigkeit“ im ethisch-spirituellen Überbau die Spielregeln für den Lebensalltag in den westlichen Zivilisationen vollkommen konträr gestalten? Wäre es nicht höchst an der Zeit, den Unterbau – das Wirtschaftssystem – wieder schrittweise an den Überbau anzunähern? Die 20-10-Regel ist auf diesem langen Weg eine lame duck, aber strategisch ein wertvoller Schritt. 20-10 ist ein paradoxer Schritt sowohl aus der materiellen als auch aus der immateriellen Armut.

Erschienen in „Der Standard“, 6. August 2005.